

PRESSEMITTEILUNG

# Den hohen Preis für eine kaputt- gesparte Pflege zahlen wir alle

## Beruflich Pflegende schlagen Alarm

Hannover, 30.06.2026

**Mehr als 100 beruflich Pflegende aus allen Versorgungsbereichen sind dem Aufruf des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK) gefolgt und haben Botschaften an politische Entscheidungsträger:innen formuliert, die auf die drastischen Folgen der Sparpläne der Bundesregierung aufmerksam machen. Die Rückmeldungen aus der Praxis zeigen sehr deutlich: Die geplanten Kürzungen im Pflege- und Gesundheitsbereich sind nicht allein Problem der Pflege, sondern ein gesamtgesellschaftliches.**

Schon heute arbeiten viele Pflegefachpersonen an ihrer Belastungsgrenze oder darüber hinaus, um das System zusammenzuhalten. Sie berichten von Zeitstress, Gewissensbissen und der Sorge, aufgrund der Arbeitsbedingungen Fehler zu machen. Umso berechtigter ist ihre Besorgnis vor Maßnahmen, die den Druck zusätzlich erhöhen. Etwa durch Einschnitte beim Pflegebudget und der Tarifierfinanzierung oder durch Rückschritte bei der Personalbemessung im Krankenhaus. In vielen der eingesendeten Botschaften warnen beruflich Pflegende ganz konkret vor der Gefahr einer zunehmenden Berufsflucht infolge der Sparpolitik.

*„Wir lieben unseren Beruf. Aber Liebe zum Beruf bezahlt keine unbezahlten Stunden, ersetzt keinen Schlaf und schützt nicht vor Erschöpfung. Weitere Kürzungen werden dazu führen, dass noch mehr Menschen Arbeitsstunden reduzieren, krank werden oder die Pflege ganz verlassen. Dann fehlt nicht nur Personal. Dann verschwinden Erfahrung, Wissen und Menschen, die diesen Beruf einmal mit Überzeugung gewählt haben. Die Frage ist deshalb nicht: Wie kann Pflege noch günstiger werden? Die Frage muss sein: Wer wird noch da sein, wenn wir selbst Pflege brauchen?“ (Pflegeperson aus der Kardiologie aus Hessen)*

Schlechtere Arbeitsbedingungen in der Pflege betreffen jedoch nicht nur die Berufsgruppe selbst. Wo am Personal gespart wird, entstehen Versorgungslücken und werden Menschen allein gelassen, die auf Hilfe angewiesen sind. Eine Einsenderin bringt es auf den Punkt:

*„Wir zahlen mit unserer Gesundheit. Die Patienten zahlen mit ihrer Lebensqualität.“ (Pflegeperson aus Baden-Württemberg)*

Eine weitere Kollegin warnt:

*„Das überlastete Gesundheitssystem führt zu schlecht vorbereiteten Entlassungen aus dem Krankenhaus, unzureichender ambulanter*

### Regionalverband Nordwest

Bödekerstraße 56  
30161 Hannover

Ansprechpartner:  
Toni Hoffmann

T +49 511 696844-0  
F +49 511 696844-299

presse-nordwest@dbfk.de  
www.dbfk.de

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist die berufliche Interessenvertretung der Pflegefachfrauen und -Männer, der Gesundheits- und Krankenpflege, der Altenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Der DBfK ist deutsches Mitglied im International Council of Nurses (ICN) und Gründungsmitglied des Deutschen Pflegerates (DPR).

*Versorgung – oft nur durch Pflegehilfskräfte aufrechterhalten – und zu wenig Pflegeplätzen.“ (Pflegeberaterin aus Niedersachsen)*

Ebenfalls vielfach kritisiert wird die finanzpolitische Logik der Bundesregierung, für kurzfristige Spareffekte massive Folgekosten und gesellschaftliche Herausforderungen in Kauf zu nehmen. Denn Versorgungslücken und erschwerte Zugänge zu Prävention und pflegerischen Leistungen bedeuten auch: mehr vermeidbare Krankenhauseinweisungen, schnellerer Anstieg von Pflegebedürftigkeit, zunehmende Isolation und Verwahrlosung.

*„Wer heute bei Prävention, Beratung und niedrigschwelliger Unterstützung spart, riskiert morgen deutlich höhere Kosten in der Akut- und Langzeitversorgung. Pflege darf nicht als Kostenfaktor betrachtet werden, sondern muss als Investition in gesellschaftliche Stabilität, Teilhabe und Menschenwürde verstanden werden.“ (Geschäftsführer eines ambulanten Pflegedienstes aus Bremen)*

Die zahlreichen Rückmeldungen an den DBfK zeigen übereinstimmend, dass die Sparpläne der Bundesregierung von beruflich Pflegenden aus allen Versorgungsbereichen als fachlich nicht nachvollziehbar und als Ausdruck mangelnder Kenntnis der Versorgungspraxis wahrgenommen werden.

*„Reformen dürfen nicht zu Lasten der Menschen gehen, die unser Gesundheits- und Pflegesystem tragen. Politik braucht mehr Nähe zur Versorgungsrealität und weniger Distanz zu den Folgen ihrer Entscheidungen.“ (Pflegerperson aus Mecklenburg-Vorpommern)*

Der DBfK wird die eingegangenen Botschaften in Gespräche mit politischen Entscheidungsträger:innen einbringen und sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Perspektiven der professionellen Pflege in den geplanten Reformprozessen berücksichtigt werden.

#### **Weiterführende Informationen**

Aktionswebseite des DBfK mit dem Aufruf zu politischen Botschaften:

<https://dbfk.de/keinohr>